

Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen Society for Austro-Arab Relations

Quellenstraße 2C • A-1100 Wien
Tel.: +43 (0)1 5267810 • office.vienna@saar.at • www.saar.at



Herrn Bundeskanzler
Karl Nehammer
und
Herrn Bundesminister
Mag. Alexander Schallenberg

Wien, 2023-01-11

Betr.: **Österreichische Beziehungen zu Israel**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Bundesminister !

Mit einiger Überraschung habe ich zur Kenntnis genommen, dass nach Vorliegen der Resultate der jüngsten Parlamentswahlen in Israel keine Stellungnahme der Österreichischen Bundesregierung veröffentlicht worden ist. Da mir nunmehr nach Amtsübernahme der neuen israelischen Regierung und den bereits bekannten ersten Maßnahmen derselben ebenfalls keine öffentliche Stellungnahme bekannt ist, erlaube ich mir folgende Fragen an Sie zu richten:

1. Sind Sie der Meinung, dass die Beziehungen der Österreichischen Bundesregierung zu jener aus Israel angesichts der Tatsache, dass dieser drei verurteilte Rechtsbrecher sowie Minister, die sich ganz offen zu faschistoidem Gedankengut bekennen, unverändert fortgesetzt werden können?
2. Wie stehen Sie zu der Tatsache, dass im Koalitionsübereinkommen dieser neuen israelischen Regierung völlig unverblümt die wichtigsten Grundsätze der internationalen Nahost-Politik abgelehnt werden. Dies trifft insbesondere auf den Inhalt der UN-Resolution 181 vom 29.11.1947 (Zweistaatenlösung) sowie UN-Resolution 194 vom 11.12.1948 (u.a. bezüglich des Rückkehrrechtes der vertriebenen Palästinenser*innen) zu. Abgesehen davon, dass leider beide Vorschläge bislang nicht realisiert werden konnten – großteils aus Verschulden der Politik verschiedenster israelischer Regierungen – stellen sie nach wie vor die völkerrechtlichen Grundlagen für jegliche Lösungsmöglichkeiten des israelisch-palästinensischen Konfliktes dar. Zudem ist noch zu bemerken, dass die Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen dezidiert an die Respektierung dieser beiden Resolutionen gebunden war. Halten Sie es daher für annehmbar, mit einer israelischen Regierung, welche fundamentalste Resolutionen der Vereinten Nationen ignoriert, ohne eine entsprechende Stellungnahme „business as usual“ zu betreiben?

3. Ich fordere Sie daher zu folgenden Maßnahmen auf:

- Sofortige Einberufung des österreichischen Botschafters in Tel Aviv zur Berichterstattung.
- Sofortige Veröffentlichung einer offiziellen Stellungnahme zum angekündigten Regierungsprogramm der neuen israelischen Regierung unter besonderer Berücksichtigung der offensichtlich völkerrechtswidrigen Vorhaben derselben.
- Bis zur Vorlage einer unmissverständlichen Klarstellung der israelischen Regierung, dass sie selbstverständlich sämtliche geltenden völkerrechtlichen Verpflichtungen im Hinblick auf die Beziehungen zu den Palästinenser*innen berücksichtigen werden, eine Sistierung aller bilateralen Vereinbarungen auf dem Gebiet der Sicherheits- und Militärpolitik.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Bundesminister, ich halte das Regierungsprogramm des Kabinetts Netanjahu VI für absolut inakzeptabel, es verletzt nicht nur eine Reihe von geltenden völkerrechtlichen Verpflichtungen, sondern stellt auch eine bedrohliche Eskalation der Situation in den autonomen und besetzten palästinensischen Gebieten dar. Ich halte es daher für absolut inakzeptabel, diese Ankündigungen unwidersprochen zur Kenntnis zu nehmen. Die geplante Politik der neuen israelischen Regierung stellt nicht nur eine weitere Bedrohung der ohnedies schon volatilen Sicherheitslage im Nahen Osten dar, sondern auch eine bislang ungekannte Provokation des durch die Vereinten Nationen und ihre Institutionen repräsentierten internationalen Rechtssystems.

In diesem Sinne erwarte ich mir eine unmissverständliche Stellungnahme seitens der Bundesregierung des neutralen Staates Österreich.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Fritz Edlinger
Präsident

c/ Vizekanzler Werner Kogler
SPÖ-Vorsitzende Dr. Pamela Rendi-Wagner
FPÖ-Obmann Herbert Kickl
NEOS-Vorsitzende Mag. Beate Meinl-Reisinger